17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion

Ethnische Diskriminierung in der Polizeilichen Kriminalstatistik beenden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Merkmale Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund von Tatverdächtigen in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aufzuführen und sich für eine entsprechende bundesweite Regelung einzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.10.2013 zu berichten.

Begründung:

Die Polizeibehörden weisen in der Kriminalstatistik (PKS) die Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen, bei unter 21-Jährigen auch den so genannten Migrationshintergrund aus. Kriminologische Aussagekraft haben diese Daten nicht, wie die Berliner Polizei in der PKS 2012 selbst betont: „Sie können nicht zur Erklärung, warum bestimmte Personen(gruppen) Straftaten begehen, herangezogen werden“ (S. 120). Vielmehr werden als „relevante soziologische Einflussfaktoren“ beispielhaft die Merkmale „Bildungsstand, mangelnde Sprachkenntnisse, eigene Gewalterfahrungen in der Kindheit, der Freundeskreis und die finanzielle Situation“ genannt (ebd.).

Als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit ist die Ausweisung von Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund von Tatverdächtigen nicht nur wertlos, sie kann auch schädliche Folgen haben. Sie fördert Vorurteile und die ethnische Zuschreibung von kriminellen Verhal-

ten und damit die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen in der multikulturellen Weltstadt Berlin. Insbesondere auf die tagtägliche Polizeiarbeit können solche Denkmuster gravierende Auswirkungen haben, indem sie die Durchführung polizeilicher Maßnahmen auf der Basis von ethnischen Merkmalen (*ethnic profiling*) legitimieren.

Berlin, d. 30. Mai 2013

U. Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Kapek Lux Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Lauer Höfinghoff
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion